

bereitet

higkeit in einer Umfrage des Handelsblatts selbst als mies eingestuft. Auch als die Manager anderer Länder positiv über sie urteilten, waren sie zurückhaltend. Erst als sie ihre Firmen für den internationalen Konkurrenzkampf gerüstet hatten, hielten sie sich für das wettbewerbsfähigste Land Europas.

Dass sie damit richtig liegen, haben sie bestätigt, indem sie sich aus dem Wirtschaftseinbruch 2009 schnell herausgekämpft haben. Bestätigt wird der gute Zustand auch durch ihre große Beliebtheit bei internationalen Investoren.

Um die Krise möglichst ohne großen Schaden zu überstehen, sind die Unternehmen gut beraten, ihren bodenständigen, fleißigen und vorausschauenden Kurs beizubehalten. Das liegt allerdings nicht nur in ihrer Hand. Die hohe Zahl der Beschäftigten und die große Zahl derer, die von den Lohnerhöhungen profitieren, verbessern zwar die Chancen, dass die privaten Verbraucher die Wirtschaft stützen. Nachdem der private Verbrauch über Jahre nahezu stagnierte, werden selbst kleine Wachstumsraten als großer Erfolg gefeiert. Auf rückläufige Investitionen und eine schwächere Auslandsnachfrage werden wir uns aber einstellen müssen. Ein Volkswirt beschrieb die aktuelle Situation der deutschen Wirtschaft kürzlich so: Was nutzt einem modernen Windjammer die neueste Takelage, wenn er keinen Wind hat?

Die Autorin ist stv. Leiterin des Ressorts Konjunktur- und Geldpolitik. Sie erreichen sie unter hess@handelsblatt.com

auskauen oder ihnen über eine Banklizenz Feuerkraft verleihen. Das alles möglichst ohne Auflagen für die betroffenen Länder.

Merkel jedoch will auf keinen Fall im Namen der deutschen Steuerzahler einen Blankoscheck ausstellen. Das könnte sie politisch Kopf und Kragen kosten. Und gegen eine Beteiligung der EZB legt sich Bundesbank-Chef Jens Weidmann quer, indem er zu Recht darauf hinweist, dass dies auf eine „verbotene Staatsfinanzierung durch die Notenpresse“ hinausliefe. Die Toleranz der Bundesbank hat ohnehin die Grenze

damit eine Fiskalunion funktioniert. Zum Schluss könnten dann die Bankenunion und Euro-Bonds folgen. Der Franzose Hollande will zuerst die Bankenunion, dann eine Fiskalunion „light“ mit politisch dehnbaren Regeln, aber auf keinen Fall die Politische Union. Rajoy und Monti liegen eher auf der Linie des Franzosen, wollen möglichst schnell eine gemeinsame europäische Haftung für ihre Schuldenberge, sich aber möglichst wenig von Brüssel oder Berlin reinreden lassen. Wie diese europäischen Gräben innerhalb von fünf Tagen zu

weitermachen, werden wir vielleicht die Währungsunion noch ein paar Jahre mit Ach und Krach am Leben erhalten. Aber das Europa des friedlichen und freundlichen Miteinanders könnte dabei draufgehen. Vom „großen Wurf, eines Freundes Freund zu seyn“, wie es in der europäischen „Ode an die Freude“ heißt, sind wir jedenfalls weit entfernt.

Der Autor ist Leiter der Meinungsredaktion des Handelsblatts. Sie erreichen ihn unter: riecke@handelsblatt.com

GRIECHENLAND

Die letzte Chance

Die neue Regierung Griechenlands, die von Mitte-rechts bis Mitte-links reicht, wird sehr große Anstrengungen unternehmen müssen, um Vertrauen und Stabilität wiederherzustellen. Griechenland lebt seit mehr als zwei Jahren in Agonie, in der die Gesellschaft verzweifelt ist angesichts einer ständig steigenden Arbeitslosigkeit von mittlerweile 22 Prozent und einer Jugendarbeitslosigkeit von über 50 Prozent.

Die internationale Finanzkrise hat die Schwächen des griechischen Wirtschaftsmodells offenbart: nicht konkurrenzfähige wirtschaftliche Basis, untragbar hohes, durch Kredite finanziertes Konsumniveau und zutiefst reformbedürftige staatliche Strukturen. Wichtige Veränderungen haben stattgefunden, die vor kurzem noch undenkbar schienen. Der Staatshaushalt wurde bei einem ständig sinkenden Brutto-sozialprodukt um 6,5 Prozent gekürzt – härtere Kürzungen als jedes andere OECD-Mitglied seit Jahrzehnten erreichen konnte. Die öffentlichen Gehälter wurden kräftig reduziert, gleichfalls die Renten. Die sogenannte interne Abwertung findet auch statt: Die nominellen Arbeitskosten wur-

Loukas Tsoukalis



Um Griechenland zu retten, müssen nationale Reformen mit europäischen Rezepten kombiniert werden.

den in den letzten zwei Jahren um rund 15 Prozent gesenkt und haben etwas der verlorenen Wettbewerbsfähigkeit der griechischen Wirtschaft wiederhergestellt.

Was nicht stattgefunden hat, zumindest nicht in genügendem Maße, sind strukturelle Reformen, vor allem im aufgeblähten und ineffizienten öffentlichen Sektor. Das bleibt das größte Hindernis für die wirtschaftliche Entwicklung. Die neue Regierung muss sich ein Reformprogramm zu ei-

gen machen, das Privatisierungen, Bürokratieabbau sowie effektive Maßnahmen gegen Steuerflucht umfasst. Dies ist die vielleicht letzte Chance für die alte politische Klasse, sich zu reformieren und den Boden für durchgreifende politische Erneuerungen vorzubereiten.

Strukturelle Reformen und Haushaltskonsolidierung sind unabdingbar. Aber strukturelle Maßnahmen brauchen Zeit, bis sie wirken, und sind in der Rezession politisch schwierig. Gleichzeitige harte Sparmaßnahmen untergraben in vielen Ländern die wirtschaftliche Entwicklung. Genau das erleben wir jetzt in Europa. Wir brauchen wachstumsfördernde Maßnahmen, eine schnelle Rekapitalisierung der Banken und mehr Liquidität in der Wirtschaft sowie eine symmetrische Justierung zwischen Defizit- und Überschussländern. Um Griechenland zu retten (und den Euro), müssen wir die nationale Verantwortung für die Reformen mit mutigen europäischen Lösungen kombinieren.

Der Autor ist Präsident des griechischen Think-Tanks Eliamep. Sie erreichen ihn unter: gastautor@handelsblatt.com